

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Danziger Pfennig

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden, wöchentlich 0,60 Gulden, in Deutschland 2,00 Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden monatlich. Anzeigen: die 5-gelb. Zeile 0,80 Gulden, Reklamezeile 1,00 Gulden, in Deutschland 0,50 und 1,50 Goldmark. Abonnement- und Inseratenanfragen in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 25

Mittwoch, den 30. Januar 1924

15. Jahrg.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6.
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,
für Anzeigen-Annahme, Zeitungs-
bestellung und Druck 3290.

Das französische Wiederaufbau-Panama.

Sozialistische Kritik in der Kammer.

In der französischen Kammer wurde in den letzten Tagen über die mißbräuchliche Berechnung der Schadenersatzansprüche im besetzten Gebiet verhandelt. Für die Sozialdemokratie sprach Wen. Jughels. Er betonte, daß er seit drei Jahren für die Wiederherstellung der dem Lande gestohlenen Milliarden kämpfe. Aber das Wiederaufbauministerium sei der Friedhof der Mißbräuche, und der Finanzausschuß sei das Massengrab der Skandale. Er habe dem Ausschuß 14 Fälle nachgewiesen, aber eine Nachprüfung nicht durchführen können. Einer dieser Fälle sei jetzt allerdings Gegenstand gerichtlicher Verfolgung. Redner bestätigte auf Befragen Sachins, daß bei diesem Falle eine Persönlichkeit kompromittiert würde, die der Wiederaufbauminister in der Kammer in Schutz genommen hat. Der Redner erzählte dann andere Fälle, welche die Verhaftung schuldiger Beamten zur Folge hatten. Als er erwähnte, daß Parlamentarier zugunsten einer kompromittierten Persönlichkeit eingeschritten sind und auf Befragen eines Vertreters der Rechten den Namen des radikalen Senators Debierre nennt, rief ein Mitglied des nationalen Blocks: Er gehört nicht zu uns! Jughels: Es handelt sich hier um die Frage der Gerechtigkeit, und nicht um Parteifragen. (Lebhafter Beifall auf zahlreichen Bänken.) Sachins rief: Der Wiederaufbauminister hat alle diese Leute gedeckt. Wiederaufbauminister Reibel: Ich habe jeden Mißbrauch, der vorgekommen ist, verfolgt. Die meisten der Skandale, die der Abgeordnete vorgebracht hat, sind gar keine Skandale. (Unruhe, Beifall rechts.) Ein Sozialist rief: Die großen Entschädigungsgewinner klaffen! Jughels, der endlich wieder zu Wort kam, stellte fest, daß leider große politische Einflüsse die Mißbräuche gedeckt hätten. (Zahlreiche Abgeordnete: Namen nennen!) Jughels: Ich spreche von Herrn Doucœur. (Bewegung, Lärm und Lärm. Ein Kommunist rief: Leider! Sämmern Sie das fest in diese Schüssel ein. Lärm: In welche Schüssel? Antwort von der Linken: In Ihre!)

Im weiteren Verlauf der Sitzung erwähnte Gen. Jughels eine nordfranzösische Metallindustrie-Firma, deren Kriegsschäden um 200 Millionen zu hoch eingeschätzt würden. (Bewegung.) Die Kammer geriet aufs neue in Bewegung, als der Redner feststellte, in einem Falle sei ein Rechtsanwalt, der eine Entschädigungsweise durch Urkundenfälschung abgeändert hat, erst verhaftet, dann aber wieder freigelassen worden. Mehrere Beamte sind entlassen worden, weil sie Mißbräuche bekämpft oder aufgedeckt haben. Der Redner schloß mit der Aufforderung an Poincaré, die veruntreuten Millionen für den Staat zurückzuerlangen.

Der Abgeordnete Fougere, der Vorsitzende eines von der Kammerkommission für die besetzten Gebiete eingesetzten Untersuchungsausschusses, bemerkte, daß das Ministerium für die besetzten Gebiete sich bis jetzt geweigert habe, mit dem Untersuchungsausschuß zusammenzuarbeiten. Der Minister für die besetzten Gebiete Reibel führte aus: Als er das Ministerium übernommen habe, seien bereits 40 Milliarden für Schäden ausbezahlt gewesen. Man habe die Gesamtschäden auf 146 Milliarden geschätzt, aber angenommen, daß man nicht mehr als etwa 100 Milliarden auszahlen habe. Die endgültige Schätzung habe jedoch eine geringere Summe, nämlich 72 Milliarden ergeben. Das sei unter seinem Ministerium geschehen. Der Minister kündigte an, daß alle die, die den Staat geschädigt hätten, strafrechtlich verfolgt würden. Nachprüfungen über die ausbezahlten Schäden hätten bereits stattgefunden. Die Weiterberatung der Gesetzesentwürfe der Regierung wurde schließlich auf Mittwoch nachmittags vertagt.

Das Ende des englischen Eisenbahnerstreiks.

Aus London wird amtlich gemeldet: Um 5 Uhr morgens wurde mitgeteilt, daß der Lokomotivführerstreik nach achtwöchiger Dauer beigelegt sei. Die streikenden Parteien waren gestern spät abends an den Verhandlungstisch gebracht, nachdem die größten Schwierigkeiten bereits in Vorverhandlungen überwunden worden waren. Die Grundlage der Verständigungen bildeten die Vorschläge eines vom Generalrat der Gewerkschaften eingesetzten Sonderausschusses. Dieser Sonderausschuß tagte gemeinsam mit den Parteien von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens und teilte schließlich mit, daß eine Regelung erreicht und die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen worden sei. Das Streikkomitee unternahm sofort die nötigen Schritte, um seinen 40 Zweigstellen das Ergebnis der Verhandlungen mitzuteilen.

Bereits um die Mittagsstunde machte sich dieses Ergebnis in einer kurzen Wiederaufnahme des Zugverkehrs bemerkbar. Man nimmt an, daß der Eisenbahnverkehr heute abend bereits wieder normal sein wird.

Die Schwierigkeiten der Arbeiterregierung.

Unter den Sozialisten gibt es wegen der beharrlichen Weigerung der Arbeiter, die Mindestlöhne um zwei Schilling täglich zu erhöhen. Eine Konferenz der Fabrikarbeitervertreter aus dem ganzen Lande ist für Dienstag

zusammenberufen. Die allgemeine Stimmung unter den in London eingetroffenen Delegierten ist für den Streik, der allein hier etwa 100.000 Arbeiter betreffen würde. — Der Vollzugsausschuß der Dockarbeiter beschloß den Streik für den 10. Februar, falls die Lohnbesserung nicht geregelt wird.

Die Sachverständigenkommission in Berlin.

Aus Paris wird gemeldet: Das erste der beiden Sachverständigenkomitees sowie einige Mitglieder des zweiten Komitees sind am Montag abend nach Berlin abgereist, nachdem das Arbeitsprogramm endgültig festgesetzt worden war. In der Diskussion der Rentabilität der deutschen Eisenbahnen haben die Sachverständigen die Überzeugung ausgeprochen, daß die Einnahmen des Eisenbahnnetzes in den besetzten Gebieten einen wichtigen Bestandteil der Einnahmen des Reiches bilden und diese unter keinen Umständen dem Reich entzogen werden dürfen, falls eine wirklich realisierbare Lösung des Reparationsproblems gefunden werden soll. In Begleitung der Sachverständigen befindet sich eine Anzahl englischer, französischer und belgischer Buchrevisoren, die das von der deutschen Regierung zur Verfügung gestellte statistische Material nachprüfen sollen. Einzelne Blätter schreiben dem zweiten Sachverständigenkomitee, das sich gegen Ende der Woche in Berlin versammeln wird, die Absicht zu, bei der deutschen Regierung die Erlaubnis zur Nachprüfung der Bilanzen einiger deutscher Großbanken nachzufragen. Sie seien dabei von der Idee geleitet, daß einerseits die genauen Verluste, die gerade die Banken aus der Mark-Währung gezogen hätten, in irgendeiner Weise für die Sanierung des Reiches nutzbar gemacht werden müßten und schließlich ein Einblick in die inneren Verhältnisse der großen deutschen Finanzinstitute zur Prüfung der Frage der deutschen Kreditfähigkeit im Auslande, d. h. einer internationalen Anleihe, notwendig sei.

Die Passbeschaffung für die Auslands-Danziger.

Eine Entscheidung des Völkerbunds-Kommissars.

Der Völkerbunds-Kommissar hat am 29. Januar 1924 eine Entscheidung gefällt, welche von allen Danzigern im Auslande freudig begrüßt werden wird, da sie die unerträglichen Schwierigkeiten, welche die Erlangung eines Passes für Danziger im Auslande bisher mit sich brachte, auf die praktischste Weise löst. Artikel 27 des Warschauer Abkommens hatte bestimmt, daß die polnische und die Danziger Regierung alsbald in Verhandlungen darüber eintreten sollten, in welcher Weise polnische Konsulate bei der Ausstellung von Pässen an Angehörige der Freien Stadt Danzig, welche sich im Auslande aufhalten, verfahren sollen. Trotz vielfacher Versuche der Danziger Regierung war es nicht gelungen, mit der polnischen Regierung zu einem Abkommen zu gelangen, welches den berechtigten Wünschen der Danziger im Auslande einigermaßen gerecht wurde. Ein Danziger im Auslande mußte meist Monate, ja manchmal ein

halbes und ein ganzes Jahr auf seinen Paß warten. Um den zahlreichen Klagen abzuwehren, hatte die Danziger Regierung deshalb angeordnet, daß die Landespassstelle die Danziger Pässe nach Einholung der notwendigen Unterlagen von den Antragstellern ausstelle und sie den Antragstellern ins Ausland unmittelbar übersandte; dadurch war ein praktischer Weg beschritten worden, welcher den größten Teil der Klagen zum Verschwinden brachte. Deshalb erkannte nun die polnische Regierung allgemein Danziger Pässe im Auslande nicht mehr an, was sie, soweit sie ihrer habhaft werden konnte, ein und handigte den Inhabern gegen hohe Gebühren polnische Pässe aus. Es war nunmehr notwendig geworden, den Völkerbunds-Kommissar dringend um eine möglichst umgehende Entscheidung zu bitten, um den unhaltbaren Schwierigkeiten ein Ende zu bereiten. Derselbe hat dem Wunsch entsprochen und eine Entscheidung gefällt, in der es heißt:

Die Behörden der Freien Stadt sind berechtigt, Danziger Pässe ihren eigenen Staatsangehörigen dabein und im Auslande auszustellen und kein Danziger Staatsangehöriger kann gegen seinen Willen gezwungen werden, einen polnischen Paß an Stelle oder neben seinem Danziger Paß zu führen.

Um den polnischen Konsulaten oder diplomatischen Vertretungen im Auslande zu ermöglichen, Danziger Pässe zu erkennen, wird die Freie Stadt den polnischen General-Kommissar in Danzig mit so vielen ungünstig gemachten Mustern von Danziger Pässen versehen, als zum Umlauf unter den polnischen Konsulaten und diplomatischen Vertretern im Auslande benötigt werden und ebenso mit einer Aufstellung der Bedingungen, unter denen die Freie Stadt Pässe an ihre Staatsangehörigen ausgibt.

Damit es Danziger Staatsangehörige im Auslande möglich ist, polnischen Schutz gemäß Artikel 2 des Pariser Vertrages anzunehmen, sollen die Behörden der Freien Stadt berechtigt sein, falls sie es wünschen, einen Paß vor der Ausgabe an den Inhaber dem polnischen General-Kommissar in Danzig zur Einfügung eines Sichtvermerks zu übermitteln, und jeder Danziger Staatsangehörige im Auslande soll berechtigt sein, den Sichtvermerk eines polnischen Konsulats oder diplomatischen Vertreters auf einem gültigen Paß, der ordnungsgemäß von den Behörden der Freien Stadt ausgestellt ist, zu erhalten.

Die Gebühren, die Danziger Staatsangehörige für einen Sichtvermerk zu bezahlen haben, sind die gleichen, wie die für polnische Staatsangehörige und fließen dem polnischen Staatsschatz zu.

gez. M. S. MacDonnell,
Hoher Kommissar, Völkerbund, Freie Stadt Danzig.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie am 30. März in Berlin.

Der sozialdemokratische Parteiausschuß beschloß gestern, an dem vom Parteivorstand in Vorschlag gebrachten Termin für den Beginn des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei, dem 30. März, festzuhalten und Berlin, Landtagsgebäude, als Tagungsort festzusetzen. Eine vom Parteiausschuß angenommene Entschließung wendet sich gegen die Aufrechterhaltung des militärischen Ausnahmezustandes.

Organisierter Klassenkampf.

In der deutschen Parteipresse wird zurzeit eine lebhafte Auseinandersetzung um die sozialistische Klassenkampffrage geführt. Nachstehend bringen wir einen Artikel des Gen. Ströbel, des früheren Chefredakteurs des „Vorwärts“.

Red. „Danz. Volksstimme“.

Mindestens seit der großen französischen Revolution verbreitete sich die Erkenntnis, daß der Klassenkampf die bewegende Triebkraft der geschichtlichen Entwicklung ist. Marx und Engels formulierten für das Proletariat die Theorie und Taktik des Klassenkampfes. Seitdem in der Gegenwart zwischen dem utopisch-humanitären und dem marxistischen Sozialismus scharf herausgearbeitet worden. Nach der Auffassung des Marxismus wird die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft, die der Ausbeutung der arbeitenden Schichten ein Ende macht, nicht kommen als Klassenkampf. Der herrschenden Klasse oder einzelner Personen. Weder ein soziales Königtum noch der Gerechtigkeitskaiser eines Kammerkammerlins, weder die Kirche noch humanitäre Institutionen werden das System des Kapitalismus beseitigen. Das Werk der Befreiung der Arbeiterklasse muß von den Arbeitern selbst ausgehen. Sie als die Träger des Kapitalismus müssen die Träger des modernen Klassenkampfes sein, der sich die Überwindung des Kapitalismus zum Ziel setzt. Dies Ziel wird nur in unaufhörlichem schweren Kampfe mit den Klassen, Wirtschaft und Weltanschauungsmächten zu erreichen sein. Die als Ruinier der heutigen wirtschaftlichen und politischen Zustände die natürlichen Geener des Sozialismus sind.

Es schien, als ob diese Klassenanschauung das zeitliche Gemeinut des Sozialismus aller Länder geworden sei. Zumal in Deutschland, dem Geburtsland des Marxismus. Aber der Krieg und die Revolution bewiesen das Trügerische dieser Hoffnung. Das wichtigste Atom des proletarischen Klassenkampfes war, daß die Arbeiterklasse aller Völker in unverwundlicher Solidarität aufzustehen müsse. Aber als der Weltkrieg ausbrach, setzte sich, daß die alte nationalstaatliche Ideologie stärker war als das Bewußtsein der proletarischen Zusammengehörigkeit. Statt der proletarischen Einheitsfront der sozialistischen Internationale bekamen wir die nationale Einheitsfront von Kapitalisten und Proletariern.

Aber auch nach dem Debacle des deutschen Militarismus vermochte sich der proletarische Klassenkampf nicht wieder durchzusetzen. Zwei Strömungen rangen bis zum Augenblick im Proletariat miteinander. Der bolschewistische Kommunismus, der die Herrschaft des Proletariats nicht durch die Demokratie, sondern durch die Diktatur der Minorität zu verwirklichen trachtete, und der Rechtssozialismus, der durch eine Politik beständiger, weitgehender Konzessionen die Entwicklung zum Sozialismus hin fördern zu können glaubte. Beide Richtungen erwiesen sich für Deutschland als gleich unzulänglich. Der Kommunismus, der stets durch die russische Welle lag und den Marxismus so ankurbelte, wie er sich vor 60. 70 Jahren, aus der Befreiung der damals herrschenden Zustände der Produktion und sozialen und internationalen Entwicklung gedanklich kritisierte, verkannte völlig die heute in Deutschland maßgebenden ökonomischen Tatsachen und erlebte darum ein völliges Mißgeschick. Nicht anders erging es dem Rechtssozialismus, der sich aus der Anspannungswelt und der politischen Praxis nicht herauslösen konnte, in die er sich während des Krieges durch enge Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Mächten, mit der reaktionären Staatsbürokratie und den Vertretern des Militarismus eingewöhnt hatte.

Der Klassenkampf war für zahlreiche Politiker und Gewerkschaftsführer dieser Richtung nur noch eine verbliebene Reminiszenz aus vergangenen Tagen. Das reue Empfinden dafür, daß alle die bürgerlichen Parteien und Institutionen, mit denen man im idealistischen Denken auf Schritt und Tritt zu tun hatte, aus der harten Realität des Klassenkampfes heraus die Träger von Anspannungen und Zielen waren und sein mußten, die denen des Sozialismus schroff widersprachen, war ihnen verloren gegangen. Man war in seinem Denken und Empfinden selbst hart verbürgerlicht. Man dachte nicht mehr international, sondern national, man betrachtete die Wirtschaftsgesamtheit nicht mehr unter dem Gesichtswinkel der Klassenangelegenheit, sondern unter dem der Klassenharmonie. Wie während des Krieges suchte man die Verständigung nicht mit den Proletariern, er anderen Länder, sondern mit der Bourgeoisie der eigenen Nation, und die Interessenkonflikte des sozialen Lebens glaubte man am besten durch Arbeitsgemeinschaften mit dem Unternehmertum statt durch unerlöschlichen Kampf

... und durch die ...
... der ...
... der ...
... der ...
... der ...

Die Abschiedstagung der Stadtverordneten.

Am gestrigen Tage ist die bisher für die Verwaltung der Stadtgemeinde Danzig bestehende Stadtverordnetenversammlung endgültig und offiziell abgedankt, um der in der Verfassung des Freistaates vorgesehenen Stadtbürgerchaft Platz zu machen. Mit der Stadtverordnetenversammlung verschwindet eine Einrichtung, die, geboren auf den Notwendigkeiten nach dem verlorenen Kriege von 1806 durch Stein-Darbenberg, über 110 Jahre in Danzig bestanden hat. Eingeleitet, um durch die kommunale Selbstverwaltung das Interesse der Bevölkerung an öffentlichen Dingen zu wecken und zu steigern, fand ihre erste Form durch die im Jahre 1858 erlassene Städteordnung ihre Ueberleitung in den bis heute gültigen Zustand. Unter dem bis zur Revolution bestehenden verfallenen Dreiklassenwahlrecht wurde die Stadtverordnetenversammlung ausschließlich von den bürgerlichen Interessengruppen beherrscht und trotz aller Anstrengungen war es der arbeitenden Bevölkerung nicht möglich, eine Vertretung in das Stadtparlament zu erlangen. So sehr die allgemeine Regel, über Tote nur Gutes zu sagen, im allgemeinen Berücksichtigung erheischt: über die letzten Begrabenen ist das wirklich nicht möglich. Die frasse Interessentenschaft, die durch die auf Grund ihrer Wahlprivilegien in der großen Mehrheit befindlichen Hausbesitzer mit Unterstützung der Bürgervereine und Gewerbevereine ausgebaut wurde, ist in ihren unheilvollen Folgen der falschen Währungspolitik gerade in den letzten Jahren besonders trüb und fühlbar geworden. Selbst die unter der Flagge des Mietervereins in der Versammlung hineingekommenen Vertreter der schaffenden Stände, spielten nur eine sehr unglückliche Rolle. Der Arbeiterschaft gelang es erst unter den Vorwirkungen der Revolution drei Vertreter für das Dreiklassenparlament zu erhalten. Doch durch die wenige Tage später ausgebrochene Revolution wurde diese Zahl jedoch überholt, da nunmehr die Bahn für eine Zusammenkunft der Versammlung auf demokratischer Grundlage freigemacht war. Die besonderen Verhältnisse in Danzig brachten es jedoch mit sich, daß die Neuwahl erst am 14. Dezember 1919 stattfand, wobei die sozialistische Liste 20 von den 66 Mandaten erobern konnte. An der Minderheitsseite der bürgerlichen Vertreter haben die Zeiten kaum etwas geändert und unsere Vertreter hatten bis zur letzten Stunde schwere Kämpfe um alle Fortschritte im Gemeinwesen zu bestehen. Nun tritt an die Stelle der Stadtverordnetenversammlung die Stadtbürgerchaft, die auf Grund der Verhältnisse des Volkstaats zusammengeleitet wird. Wenn im Hinblick auf diesen Wechsel ein Wunsch angedrückt ist, so der, daß mit der neuen Form endlich auch ein neuer Geist in dieses Parlament einziehen möge!

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Danzig trat gestern zum letzten Male in dem schönen Sitzungssaale des Rathauses zusammen, der so oft Reue erbitterter Meinungskämpfe gewesen ist. In der gestrigen Sitzung traten die Gegenstände nur gelegentlich in Erwähnung. Geheimrat Kersch war durch eine Grippekrankung, Gen. Grünhagen durch geschäftliche Gründe an der Leitung der Versammlung verhindert. Stadt. Brunzen leitete deshalb die etwa 250 ständigen Verhandlungen, die mit einer Debatte über die Fährre Schuttensteg, worüber wir an anderer Stelle berichten, eröffnet wurden.

Eine ausgedehnte Debatte rief auch die Mitteilung des Senats über die

Kündigung von Stadtschulden

hervor. Der Kammerausschuß habe „einstimmig“ beschlossen, eine generelle Aufwertung der Stadtschulden abzuweisen. Mit den einzelnen Gläubigern soll auf privatrechtlichem Wege eine Einigung herbeigeführt werden. Eine Dienststelle der Finanzverwaltung soll ermächtigt werden, den Prozentsatz in jedem Falle festzusetzen. Stadt. Kersch (D. V.) erhob Einspruch gegen diesen Beschluß. Artikel 2 des Währungsgesetzes, verbunden mit der Senatsentscheidung, geben ein Recht auf Aufwertung. Der Senat müsse versuchen, zwischen den Gläubigern und Schuldner eine Einigung herbeizuführen.

Abg. Gen. A. A. protestierte gegen die Voraussetzung, daß der Beschluß des Kammerausschusses einstimmig gefaßt worden sei. Die sozialdemokratischen Vertreter hätten sich dabei der Stimme enthalten. Nur 6 Personen hätten bei dem Aufstandeskommen des Beschlusses mitgewirkt und zwar die Stadten. Dr. Herrmann, Cassel, Rohde (D. V.), Brunzen, Kersch und Frau v. Kersch (D. V.). Redner ging dann auf die Aufwertungsfrage ausführlich ein und kam zu dem Ergebnis, daß nach dem zurzeit in Danzig geltenden Recht kein Anspruch auf Aufwertung besteht. Nur wenn aus Rücksicht auf die Wirtschaft der Forderung nicht erfolgt sei, bestünde ein Anspruch auf Schuldenerhöhung. Die Annahme im Artikel 2 enthaltenen Bestimmungen hätten für einen großen Teil der Markforderungen die Aufwertung anerkannt. Ihre Höhe sollte der richterlichen Entscheidung überlassen werden. Den interessierten Kreisen sei es dann mit Hilfe der bürgerlichen Parteien gelungen, diese positiven Bestimmungen wieder zu beseitigen. Diejenigen, die Sturm gegen den ursprünglichen Artikel 2 heben, seien Schuld an den bedauerlichen Verlusten der kleinen Sparer. Senator Dr. Volkman hob ausdrücklich die Aufhebung der Abs. 2 bis 5 des Artikels 2 sei erfolgt um die Aufwertungsansprüche nicht zu machen. Die Ver. Soz. Partei sei heute noch bereit, eine gesetzliche Regelung der Aufwertung zu ermöglichen.

Stadt. G. G. (D. V.) sprach sich für nochmalige Beratung der Angelegenheit im Kammerausschuß aus. Eine Aufwertung der Stadtschulden in größerem Maße könnten die Finanzen der Stadt nicht ertragen, erklärte Stadt. Kersch (D. V.). Fern Fraktionsführer Kersch sprach war der gegenwärtigen Ansicht. Die Aufwertung war damit beendet. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Es folgte dann eine Anzahl persönlicher Bemerkungen, deren Krönung ein Zwischenruf des Stadt. Dr. Herrmann und die Antwort des Gen. Fahn darauf war.

Die Frauen in der Wohlfahrtsverwaltung.

Zum Mitvorsitzer des Waisenhauses W. L. L. wurde an Stelle des ausgeschiedenen Kommerzienrats Siegen der Kaufmann Cassel gewählt. Stadt. Gen. Fahn erklärte bei dieser Gelegenheit, daß es annehmbar sei, eine Frau in die Vorherrschaft des Waisenhauses zu wählen. Regierungsrat Dr. Meyer-Falk machte den gewöhnlich erwarteten Einwand, daß das Statut der Gesellschaft die Wahl von Frauen in die Vorherrschaft nicht zulasse. Stadt. Gen. Fahn wies darauf hin, daß ein solches Statut der Gesellschaft widerstrebe. Die Mann und Frau die Gleichberechtigung aufwiese. Es wäre durchaus möglich, wenn Frauen zur Mitarbeit im Waisenhaus herangezogen würden. Stadt. Gen. Fahn forderte eine kollektive Änderung des Statuts. Wenn nach dem Statut die Frauen der Vorherrschaft zur Mitarbeit im Waisenhaus verpflichtet seien, so sei davon abgesehen zu werden.

Die Beschlüsse der Wohlfahrtskommissionen sind ebenfalls ohne Widerspruch nach dem Vorschlag des Waisenhausausschusses. Auch die Entlassung von Jahresrechnungen erfolgte ohne Widerspruch.

Mietbeihilfen für Unbemittelte

forderte eine Vorlage des Senats. Rund 6000 Personen sollten einen monatlichen Mietzuschuß von 8 Gulden erhalten.

Für das 1. Vierteljahr 1924 sind dazu etwa 150 000 Gulden erforderlich. Stadt. Gen. Gebauer beantragte, im Auftrag der Ver. Soz. Fraktion, den Betrag von 150 000 Gulden auf 225 000 Gulden zu erhöhen, so daß anstatt 6000 Personen, rund 9000 Personen in den Genuß der Mietbeihilfe kommen. Stadt. Frau Richter (D. V.) trat für ausreichende Renten ein. Mit monatlichen Renten von 1,90 und 2,40 Gulden sei nichts geholfen.

Abg. Gen. Gebauer begründete eingehend den sozialdemokratischen Antrag, wobei er betonte, welche schwere Belastung die Erhebung der Grundwertsteuer von den Mietern für viele Unbemittelte bedeute. Scharf zitierte Redner, daß für Dezember keine Renten gezahlt wurden, weiter den Abbau der Renten für Kriegsgeldbesitzer. Die Stadtverordnetenversammlung möge dem sozialdemokratischen Antrag zustimmen, damit der Kreis der Empfänger der Beihilfe vergrößert werde. Stadt. Frau G. (D. V.) führte aus, daß die Unterstützungsbeträge mit 7 Gulden monatlicher Rente und einem Paket Lebensmittel sehr zufrieden seien. Regierungsrat Meyer-Falk erklärte, daß die Mietbeihilfe nur auf Antrag gewährt werden solle. Daraufhin wurde der Antrag Gebauer abgelehnt und die Senatsvorlage angenommen.

Die Erhöhung des Schulschuldes.

veranlaßte die Ver. Soz. Fraktion den Antrag zu stellen, Schüler, deren Eltern ein Einkommen unter 125 Gulden nachweisen können, von dem Schulschulde zu befreien und von dieser Einkommensstufe an Stellenangelegenheiten vorzunehmen. Senator Dr. Strunk hat den Antrag abgelehnt, da seine Auswirkung nicht zu übersehen sei. Die Anregung des Stadt. Gebauer werde später zweifellos berücksichtigt werden. Anträge auf Schulschuldbefreiung werden in Zukunft halbjährlich entgegengenommen. Die Vorlage des Senats wurde unverändert angenommen.

Der letzte Verhandlungssachenstand der öffentlichen Stadtverordnetenversammlung war ein Antrag, der sich gegen den Abbau des Wohlfahrtswesens

richtete. Stadt. Frau Richter (D. V.) wandte sich dagegen, daß der Erhaltungsausschuß der Wohlfahrtsfrage von der Planen Polizei ausgeübt werden soll. Stadt. Gen. Fahn erklärte, daß man gegen Sparlosigkeit nichts einwenden könne, aber die Entlassung von Sozialfürsorgeamtinnen und Schulinspektoren sei ein Sparen am falschen Platze. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Abschiedsrede.

Am Schluß der öffentlichen Sitzung hielt Senatspräsident Fahn folgende Ansprache:

Seitdem das Gebiet der Freien Stadt vom Deutschen Reich getrennt worden ist, heißt es dauernd Abschied nehmen von Altem, um den veränderten Verhältnissen, den Forderungen des Tages Rechnung zu tragen.

Das müssen wir auch heute tun, wo es gilt, Abschied zu nehmen von der Stadtverordnetenversammlung. Fast 110 Jahre hat eine Stadtverordnetenversammlung in Danzig bestanden. Am 19. Februar 1814 fand im Rathaus die feierliche Besitzergreifung der Stadt Danzig, der Vorstädte und ihres Gebiets durch die königlich preussische Organisationskommission statt. Der Präsident der Kommission ernannte die Mitglieder des neuen Rats und die Repräsentanten, die später ohne Neuwahl die Stadtverordnetenversammlung bildeten.

Mit frischem Mut ging damals die Stadt, die unter den Kriegswirren so unendlich Schweres erlitten hatte, an den Wiederaufbau, getragen und gefördert durch den großen neuen Gedanken, welcher der kurz zuvor in Preußen eingeführten Städteordnung zugrunde lag: den Gedanken der Selbstverwaltung.

Es kann heute nicht meine Aufgabe sein, die Entwicklung der Stadt Danzig in den vergangenen 110 Jahren zu schildern, die im Jahre 1814 nur 14 000 Einwohner zählte. Das eine ist aber sicher, daß an dem glänzenden Aufschwung, den die Stadt Danzig in dieser Zeit genommen hat, die Stadtverordnetenversammlung einen erheblichen Anteil abgibt. Nur ein Hinweis sei mir gestattet auf eine große Danziger Bürgerin und Danziger Klugheit: Unter der tatkräftigen Initiative des Oberbürgermeisters v. Winter ist die erste Schwemmkanalisation auf dem ganzen europäischen Kontinent in den Jahren 1868-72 geschaffen worden! Ein Chronist jener Zeit sagt darüber: „Die Stadtverordneten haben unter den damals überaus schwierigen Verhältnissen ihre Aufgabe mit scharfem Eindringen in die Sache gelöst und sind für alle Zeiten erfolgreiche Förderer der städtischen Interessen gewesen.“ Was damals gesagt werden konnte, gilt zu recht bis in die jüngste Zeit.

Von selbst drängt sich da die Frage auf: Mühte denn mit der Entstehung des Freistaates in der Verfassung auch ein neuer Weg für die Verwaltung der Stadtgemeinde Danzig gewählt werden? Mühte es zur Auflösung des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung kommen? Ich bin mir dessen wohl bewußt, daß die Meinungen darüber geteilt sind und daß namentlich in diesem Hause manche anderer Meinung sind. Vielleicht erscheint es auch manchem heikel, eine solche Frage heute hier anzuschneiden. Aber ich bin immer der Meinung gewesen, man soll auch heiklen Fragen nicht aus dem Wege gehen, denn Offenheit und Aufklärung sind stets von guter Wirkung gewesen. Die Frage, die ich soeben gestellt habe, beantwortete ich aus voller Ueberzeugung mit „ja“. Ich füge hinzu, daß unser kleines Staatswesen es nicht vertragen, daß eine Dissonanz entstehen könnte zwischen der allgemeinen Politik des Staates und der Kommunalpolitik seiner größten Kommunalverwaltung. Nur ein einheitlicher Wille in den parlamentarischen Körperschaften für Staat und Stadt wie in deren Verwaltung kann beiden zum Segen gereichen. Der große Gedanke der Selbstverwaltung soll und wird darunter nicht Schaden leiden, sondern er wird nur den sachlichen Verhältnissen entsprechend vertieft.

In der Festrede, die der stellvertretende Stadtverordneten-Vorsitzer, Kommerzienrat Otto Münsterberg, am 2. Januar 1914 zur Erinnerung an die Befreiung Danzigs vor 100 Jahren gehalten hat, sind Schlussworte enthalten, die in so schöner Weise für die Stimmung passen, die uns heute alle beherzigt, daß ich bitte, mir zu gestatten, meine Ausführungen mit den gleichen Worten zu schließen. Sie lauten: „Wenn wir des Reformators unserer Stadt gedenken, des Oberbürgermeisters v. Winter, so wollen wir die schlichten Worte uns zu eigen machen, die nach seiner eigenen Bestimmung seinen Grabstein schmücken: „Er hat die Stadt geliebt.“ Dieses Empfinden ist das Bewußtsein seines Wirkens gewesen, wie die Liebe zur Stadt auch uns in tiefer Seele erfüllt und uns eng miteinander verbindet. So hat die Liebe zur eigenen Sache

auch vor hundert Jahren einer verängstigten und verarmten Bevölkerung den Mut gegeben, Hand ans Werk zu legen, um aus dem zerstörten neuen Leben zu schaffen. Wie Leopold v. Winter, so lieben wir unsere schöne Heimat, unser Groß-Danzig, das für alle Zeiten ein Wahrzeichen deutscher Treue in der Nacht an der Weichsel sein soll.“

Nach einem kurzen Schlusswort des Vorstehers Brunzen, der an die letzten Worte des Senatspräsidenten anknüpfte, trat das Haus in die achte Beratung ein.

Die Fährre Schuttensteg-Strohdeich.

Der Senat lehnt entgegen einem einstimmigen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung die Wiederaufnahme dieser Fährre ab, weil kein Bedürfnis dafür vorliegt, die Schiffsahrt, behindert werde, usw.

Gen. Kunge wandte sich in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung gegen diesen Standpunkt des Senats und betonte, welche Schwierigkeiten die Ueberfahrt der zahlreichen Arbeiter bei Beginn und Ende der Arbeitszeit mit sich bringt. Beide Fährren seien früher lebensfähig gewesen und wären es jetzt erst recht, da in dieser Gegend die Industrie einen bedeutenden Aufschwung genommen habe. Die Ver. Soz. Fraktion werde bei nächster Gelegenheit erneut auf Abstellung der Dampfer dringen. Senator Kunge war dagegen der Ansicht, daß die Fährre an der Wallgasse zuerst zur Bewältigung des Verkehrs vollaus genüge. Stadt. Gen. Kunge trat dieser Anschauung entgegen und wies dabei auf die lebensgefährliche Ueberfüllung der Fährre Wallgasse hin. Stadt. Th. (D. V.) behauptete, daß hier die Zustände zu gewissen Tageszeiten unbeherrschbar sind. Stadt. Gen. K. v. S. forderte die sofortige Inbetriebnahme der zweiten Fährre. 3000 Arbeiter seien auf dem dortigen Industriegebiet beschäftigt, die zum größten Teil auf die Benutzung der Fährre angewiesen seien. Es ache nicht an, daß die Arbeiter Stundenlang auf die Ueberfahrt warten. — Da es sich lediglich um eine Mitteilung des Senats handelte, konnten Beschlüsse in dieser Angelegenheit nicht gefaßt werden.

Die richtig die sozialdemokratischen Redner die Fährre-Verhältnisse an der Wallgasse beurteilen, beweist treffend die Auskunft eines Betriebsinhabers, der seit 25 Jahren auf Strohdiech wohnt. Er gibt folgendes Bild von den unbeherrschbaren Zuständen:

Der Betrieb der beiden Fährren Wallgasse-Langgartner Wall und Schuttensteg-Strohdiech hat schon seit mehr als 60 Jahren, auch im Winter, regelmäßig stattgefunden. Der Personenverkehr war früher lange nicht so groß, als wie es seit den letzten Jahren der Fall ist. Durch Errichtung der Eisenbahn-Hauptwerkstätte und anderer industrieller Betriebe am Trödel und Strohdiech, sowie Errichtung der Schule Althof usw. hat der Personenverkehr auf beiden Fährren ganz bedeutend zugenommen. Außerdem findet am Ufer der Motilau (Kielgraben, Wasserbaum) durch Entladen von Eisenbahnwaggons und Dampfern ein sehr reger Verkehr statt.

Es ist jedenfalls Tatsache, daß der Personenverkehr auf den beiden Fährren 20 bis 30 mal so groß ist, als wie es früher der Fall war.

Nachdem an der Weichsel, am Kaiserhafen, in Weichselmünde und Neufahrwasser größere Anlagen und Lagerhäuser errichtet worden sind, hat dagegen der Dampferverkehr nach dem Innern der Stadt ganz bedeutend nachgelassen. Von einer Behinderung der Schiffsahrt kann also keine Rede sein.

Es ist ganz gewiß kein Vergnügen, sondern direkt gesundheitsschädlich, wenn Schulkinder und andere Fahrgäste bei Sturm, Regen- und Schneewetter mitunter 15 Minuten und noch länger auf die Fährre warten müssen. Wenn dagegen, wie früher, beide Fährren verkehren, so ist hierdurch die Möglichkeit gegeben, entweder die eine oder die andere Fährre, je nach Ansturm am Ufer, zu benutzen, wodurch das lange Warten in Fortfall kommen würde. Eine große Anzahl Schulkinder, Arbeiter und Angestellte wohnt Straband und in anderen nahe der Motilau gelegenen Straßen der Altstadt, und kann diesen nicht zugunsten werden, daß sie täglich etwa 1 1/2 Stunden Weg zurücklegen müssen, um an ihre Arbeitsstätten zu gelangen.

Wenn also einerseits der Personenverkehr ganz gewaltig zugenommen, dagegen andererseits der Dampferverkehr wesentlich nachgelassen hat, so ist es unverkennbar, daß die Fährre Schuttensteg-Strohdiech nicht wieder in Betrieb genommen werden soll. Pflicht der Behörden ist es, für bessere Verkehrsverhältnisse Sorge zu tragen.

Es muß daher im öffentlichen und gesundheitlichen Interesse gefordert werden, daß sowohl der Fährbetrieb Wallgasse-Langgartner, als auch Schuttensteg-Strohdiech so schnell als möglich wieder aufgenommen wird.

Unverständliche Schiedssprüche.

In der Lohnstreitfrage der Seizungsmonture und Helfer hat der Schlichtungsausschuß gestern folgende Vorschläge von der laufenden Lohnwoche bis zum 31. März festgesetzt: Monture und Helfer im 1. Tätigkeitsjahr 61 Pfg., alle übrigen 77 Pfg., Helfer über 24 Jahre 60 Pfg., von 20 bis 24 Jahren 55 Pfg., von 18 bis 20 Jahren 41 Pfg.

Für die Klempner und Installateure ist für die gleiche Zeit folgender Schiedsspruch gefaßt: Monture und Helfer im 1. Tätigkeitsjahr 61 Pfg., alle übrigen 78 Pfg., Helfer über 24 Jahre 57 Pfg., von 20 bis 24 Jahren 50 Pfg., von 18 bis 20 Jahren 30 Pfg., von 16 bis 18 Jahren 22 Pfg., von 14 bis 16 Jahren 15 Pfg.

In der Spitze ist nur eine Zulage von 3 Pfg. erfolgt, bei den Helfern von 2 Pfg., und bei den jugendlichen Arbeitern ist überhaupt keine Zulage zu verzeichnen. Berücksichtigt man die nachgewiesene Forderung von 22 Prozent, so ist dieser Spruch als eine unerhörte Zumutung für die Arbeiterkassen zu betrachten. Ueber diesen Schiedsspruch werden die Seizungsmonture, Klempner und Installateure in ihren Branchenversammlungen am 5. und 6. Februar erschießen.

Abschied genommen. Der Diplomatische Vertreter der Republik Polen, Minister Plucinski, hat gestern vormittag dem Präsidenten des Senats einen Abschiedsbesuch abgelegt. Mittags war er Gast des Senats bei einem Abschiedessen, das im Hause des Präsidenten des Senats stattfand.

Amliche Börsennotierungen.

Danzig, 29. 1. 24

1 Dollar: 5,94 Danziger Gulden.
1 Million poln. Mark: 0,96 Danziger Gulden.
1 Rentenmark 1,38 Gulden.

Berlin, 29. 1. 24

1 Dollar 1,2 Billionen, 1 Pfund 18, Billionen Mk.
Danziger Getreidepreise vom 29. Januar. (Amlich.)
In Danziger Gulden per 50 kg. Weizen 10,50-10,80, Roggen 8,70-8,90, Gerste 6,50-7,50, Hafer 6,25-6,75.

Aus dem Osten

1. 凡在本行开立存款账户的客户，均可向本行申请开立支票。

1. 凡在本行開辦之各項業務，均應遵守本行所定之規章及各項辦法。

zu stehen, weil er in einen dämpften Schlummer, aus dem der Fieser ihn weckte.

!!! Erscheint in Massen !!!

in der Öffentlichkeit

Ämliche Bekanntmachungen.

Die Eltern, Pfleger und Vormünder derjenigen schulpflichtigen aber noch nicht eingeschulter Kinder, welche in der Zeit vom 1. Juli 1923 bis einschließlich 30. Juni 1924 ihr 6. Lebensjahr vollenden, werden hiermit aufgefordert, zum Zwecke der Einschulung diese Kinder am 11. 12 und 13. Februar dieses Jahres in den Stunden von 8—10 Uhr vormittags bei dem Leiter der Schule ihres Bezirks anzumelden. Die Leiter werden in ihren Schulen in der festgesetzten Zeit zur Entgegennahme der Anmeldungen bereit sein.

Zu den Anmeldungen sind die Geburts- und Impfscheine der Kinder mitzubringen.

Die Unterlassung der rechtzeitigen Einschulung eines Kindes hat die gesetzlichen Sanktionsmaßnahmen zur Folge.

Danzig, den 23. Januar 1924. (11832)

Der Senat.

Verwaltung der Stadtgemeinde Danzig.
Schulabteilung.

Das Staatliche Hochbauamt (bisher Wiesen-
kaserne) und das Städtische Hochbauamt (bisher
Rathaus Langgasse) befinden sich von heute ab
im Altschlossischen Rathaus Pfefferstadt 33/35.
Danzig, den 28. Januar 1924. (11833)

Der Senat.

Stadtheater Danzig.

Intendant: Rudolf Schaper.

Heute, Mittwoch, den 30. Januar, nachm. 2½ Uhr:

Kleine Preise!

Peterchens Mondfahrt.

Ein Märchen in sieben Bildern von Herdt von Hoffmisch.
Musik von Clemens Schmalz.

Abends 7 Uhr: Dauerkarten Serie 2.

Neu einstudiert!

Frau Warrens Gewerbe

Komödie in 4 Akten von Bernhard Shaw.

In Szene gesetzt von Oberregisseur Hermann Herz.

Frau Kitty Warren Frieda Reginald

Winnie, ihre Tochter Erna Feils

Sir George Crofts Heinz Brede

Dr. Ferdinand Kienast

Pastor Samuel Gardner Carl Brühl

Frank, sein Sohn Hermann Weiße

Anfang 7 Uhr. Ende 10½ Uhr.

Donnerstag, 31. Januar, abends 6½ Uhr.

Dauerkarten haben keine Gültigkeit. „Rar-
garethe“. Große Oper.

Freitag, 1. Februar, abends 7 Uhr. Dauerkarten

Serie 3. „Das Automobil“.

Sonntag, 2. Februar, nachmittags 2½ Uhr. Kleine

Preise. „Peterchens Mondfahrt“.

Sonntag, 2. Februar, abends 7 Uhr. Vorstellung

für die „Freie Volkshäuser“ (Geschlossene

Vorstellung).

Sonntag, 3. Februar, nachmittags 2½ Uhr. Kleine

Preise. „Peterchens Mondfahrt“.

Sonntag, 3. Februar, abends 7 Uhr. Dauerkarten

haben keine Gültigkeit. „Die toten Augen“.

Anerkennung:

Bürgerkrieg

von Hermann Schühinger.

Preis 1,20 G

Buchhandlung „Volkswacht“

Am Spandhaus 6 Paradiesgasse 32

Leeres Zimmer mit Küchen- benutzung

von berufstätiger Dame zu mieten gesucht.
Geb. m. Preis u. E. 1944 an d. Exp. d. Volksst.

Verb. und heimattreuer Ostpreußen im Frei-
staat Danzig E. V., Ortsgruppe Langfuhr

Ostpreußenabend

am Donnerstag, 31. 1. 1924, 8 Uhr abends
im Deutschen Kasino, Hochstr. 3/5
Vortrag des Professors Hillger:
„Aus der Geschichte Ostpreußens“
sowie Vorträge und Deklamationen
aus Werken ostpreussischer Dichter
Eintritt frei! Eintritt frei!
Alle Ostpreußen sind herzlich eingeladen
Der Vorstand 11829

Philharmonische Gesellschaft E. V.

Am 5. und 6. Februar, 7½ Uhr, Schützenhaus:

2. Solistenabend

Das Amar-Hindemith- Quartett

1. Abend (Serie A): Streichquartette von
Mozart, F. Dur.: Sektes Divertimento;
Schumann, A. Dur.

2. Abend (Serie B): Schönberg, D. Molli;
Dvorak, As. Dur. 11831

Eintrittskarten zu 5, 4, 3, 2, 1 G bei John & Rosenberg
Zeughauspassage. Mitgl. 1 G Ermäßigung. Abonnement-
plätze werden bis 31. Januar reserviert.

Donnerstag, 7. Febr., 7½ Uhr, Lage Eugenia:

2. moderner Abend

Programm:

Erstausführung Streichquartette v. Bela Bartok,
Paul Hindemith, Alois Haba (Quartett i.
Vierteltonsystem)

Eintrittskarten bei John & Rosenberg

**Eisenwaren,
Haus- u. Küchengeräte
E. Kochmann,
Schiffeldamm 49.**

Bei R. Scheer
gibt es

Kuß mit Liebe

für 2.— Gulden

Danziger Likör- und Weinzentrale

An der Markinalle

Junkergasse

Institut für
Pfefferstadt
Nr. 7, Treppe
2 Minuten vom
Hau. Bahnhof.

Zahnleidende

Durchgehende Sprechzeit von
morgens 8—7 Uhr abends
Sonntags von 9—12 Uhr vorm.

Geleitet von dem Bestreben, den höchsten Anforderungen
des zahnleidenden Publikums gerecht zu werden, be-
trachte ich es als **Hauptaufgabe**, jedem Zahnersatz-
bedürftigen fachgemäße Behandlung angedeihen zu lassen. Jeder
sieht selbst ein, daß aus **gesundheitlichen Rück-
sichten** ein Zahnersatz **unbedingt** notwendig ist, da zum
größten Teil **alle Magenkrankheiten** auf die Ursache
eines schlechten Gebisses zurückzuführen sind.

Erstklassige Ausführung in naturgetreuer, feststehen-
dem **Zahnersatz** unter
Berücksichtigung, daß die Gebisse angenehm leicht sind. Repara-
turen, Umarbeitungen in einem Tage. Zahnziehen bei Bestellung
kostenlos. Kronen und Brückenarbeiten in Gold u. Goldersatz.
Stiftzähne usw. 111594

Plombieren mit den neuesten Apparaten wird sehr schonend
und gewissenhaft ausgeführt.

Schmerzloses Zahnziehen betreffend wird speziell
hingewiesen auf die An-
erkennungen und Empfehlungen der vielen bisherigen Patienten.

Die Preise sind sehr niedrig, Zahnersatz pro
Zahn von **2 Gulden** an.
Zahnziehen mit Betäubung, Plomben von **2 Gulden** an.
Neuzählische hygienische Operationszimmer. — Eigenes Laboratorium.
Auswärtige Patienten werden möglichst an einem Tage behandelt.

Kaufen Sie
Ihre Sonntags- und Arbeits-Schuhe
direkt vom
Schuhfabrik-Lager
„Express“

Besonders billig Damen-Stiefel.

Spezielle Abteilung
für Arbeits-Schuhe.

Fleischergasse 74.

Nervenschwäche nervösen Beschwer-
den jeder Art leidet
verlange kostenfrei ausführl. broch. Broschüre über Nervenleiden
Dr. Gebhardt & Co. Berlin, Postfach 194 b. 11313

Haarnisse
Kopfungeziefer,
Brut — Kopfstaub,
Schuppen entfernt garant.
sof. restlos 111871
Haarreinigungskamm
Niska
Prospekte kostenlos.
Drogerie z. Dominikanerplatz
Bruno Fasel,
Junkergasse 12.

1 Schreibtisch
zu verkaufen. Oehrmann,
Bischofsberg 11, 2 Tr. 11

Anabenichnürschne
für 9—10 J., neu, Bock,
da zu klein, bill. zu verk.
Heinrichs, Langgatt 69,
Borberhaus 1 Tr. Besicht.
bis 4 Uhr nachm. 11

**Zell-Tornister und
Schultasche**
verkauft billig 11
HAB. Rammbau 20, 1 Tr.

Eine Mandoline
gute
zu kaufen gesucht. Angeb.
mit Preis unt. E. 1947 an
die Exped. d. Volksstimme.

Rohrstühle
werden saub. eingeflochten,
repariert und poliert. 11
H. Rammbau 4a, 1 Tr. 1

Malerarbeiten

werden gut und zu billigen Preisen ausgeführt.
Angebote unter E. 1943 an die Expedition der
Volksstimme. 11

Ia Preßtorf
brikettartig, höchste Heizkraft, trocken,
à Zentner 1,50 ab Lager 11706
Wilhelm Prillwitz, Holzgasse 17



**Wer kauft Nickel-
und Aluminium-
Münzen?**
Offert. unt. V. 1949 an die
Exped. d. Volksstimme. 11

Wohnungstausch!
Sonntige 1-Zimm.-Wohn-
ung mit Zubeh. u. Stall gesamt
2—3-Zimm.-Wohn. ohne
Stall, in Langfuhr, zu
tauschen gesucht. Angeb.
unter V. 1940 an d. Exped.
der Volksstimme. 11

Leeres Zimmer
mit Küchenanteil in Land-
von einem Ehepaar gesucht.
Offerten unt. V. 1931 an die
Exp. der Volksstimme. 11

**Jung. Ehepaar sucht sofort
oder später**

**leeres Zimmer mit
Küchenanteil.**

Offerten unter M. 66 a. d.
Exped. d. Volksstimme. 11

**2 junge Herren suchen
einj. möbl. Zimmer**
wenn möglich mit Pension,
Angebote mit Preis unter
V. 1942 an die Exped. der
Volksstimme. 11

**Ein freundliches helles
Zimmer**

vom 1. Februar zu mieten
gesucht. Angeb. mit Preis
unt. E. 1948 an d. Exped.
der Volksstimme. 11

Logis mit oder ohne
Beköstigung
gesucht. Ohra bevorzugt. 11
Angebote an **Lagodni**,
Ohra, Südfraße 12.

**Elegantes Damen-
Maskenkostüm**

zu verkaufen. Burggraben-
straße 9, 1 Treppe, Ema.
Gr. Delmühlgasse 11 11

Die gegen Herrn Winter
aufgestellten Behauptungen
und Beleidigungen nehmen
wir hierdurch zurück.
11823, **Johann Mach**,
Anna Mach.

Neue Böden
in Lössen und dergl.
werden eingeseht.

Winkler,
Johannitsgasse 63. 11

Nur 4 Tage

von **Donnerstag**, d. 31./1., bis **Montag**, d. 4./2. einschl.

MÄNTEL

Serie I

Serie II

Serie III

Serie IV

Serie V

Serie VI

29.75

49.—

55.—

59.50

63.50

69.50

Preise und Qualitäten überzeugen Sie von unserer Leistungsfähigkeit
Verkauf solange Vorrat reicht

Max Fleischer Nachflg.

Telephon 755

Größtes Spezialhaus für Damen- und Kinder-Konfektion

Telephon 755